

VORAN

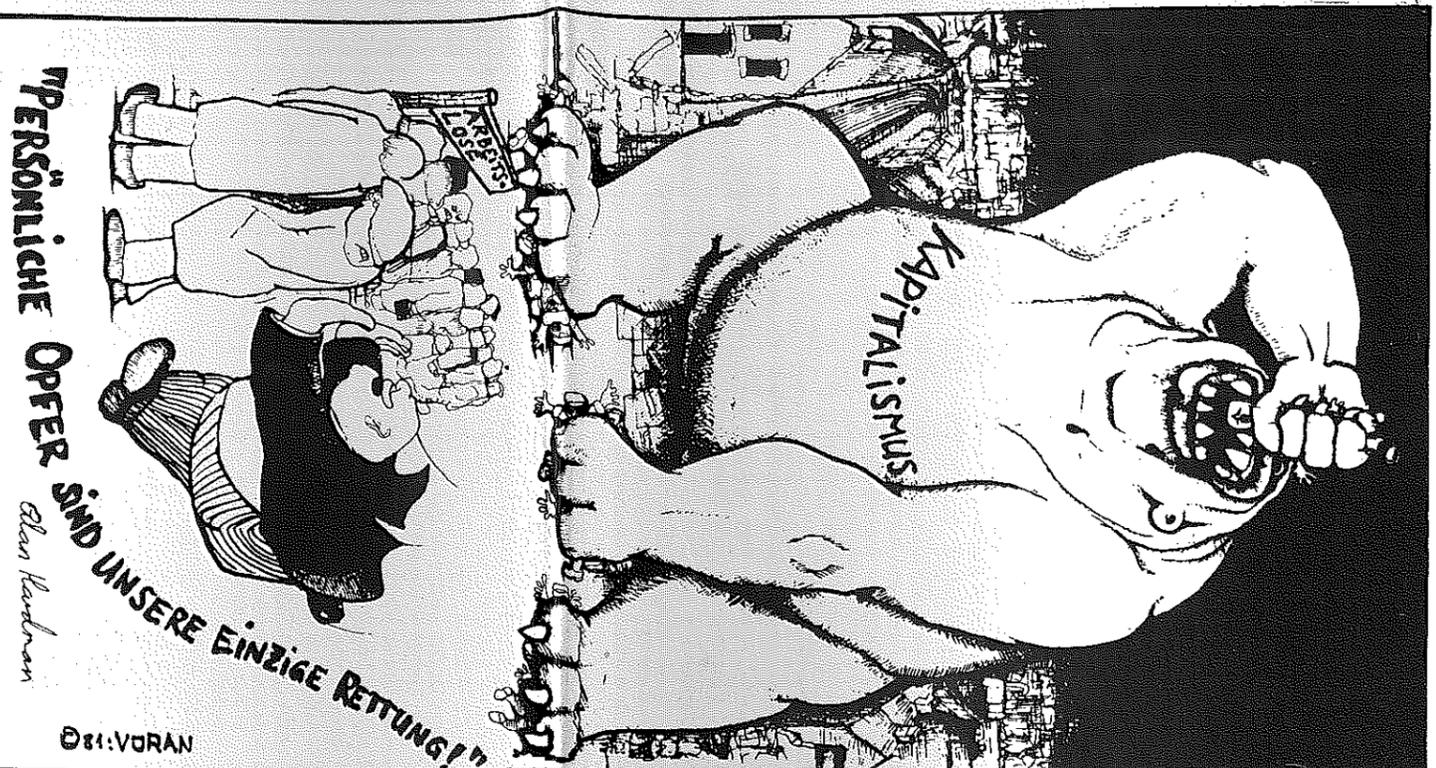
MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GWERKSCHAFT

Nr. 53

Oktober/November 1981

Preis: 1.-DM

Solidaritätspreis: 1,50DM



VORAN-SONDERNUMMER:

FRIEDEN DURCH SOZIALISMUS

Zur Bonner Friedensdemonstration am 10.10. hat VORAN eine Sondernummer zum Thema "Frieden und Abrüstung" herausgegeben. Sie liegt dieser VORAN-Ausgabe bei. Darin gehen wir auf brennende Fragen ein wie:

- * Was steckt hinter dem Wettüsten?
 - * Wie kann ein Dritter Weltkrieg verhindert werden?
 - * Wieviel taugen "Friedensverträge"?
 - * Welche Aussichten hat die Friedensbewegung?
 - * Welche Alternativen gibt es zur Rüstungsproduktion?
 - * Gibt es wirklich einen Rechtsruck in den USA?
- Die Sonderausgabe kann bei der Redaktion VORAN auch extra angefordert werden.

Die einzige Antwort auf die kapitalistische Krise : FÜR SOZIALISIERUNG DER GROSSINDUSTRIE! Gegen die Unfähigkeit des Kapitals: Arbeiterkontrolle über die Wirtschaft

Die "goldenen" Zeiten der 50-er und 60er Jahre sind unwiederbringlich vorbei. Damals, in einer Blüteperiode, konnte der westdeutsche Kapitalismus eine Zeitlang Vollbeschäftigung herstellen. Ein stetig steigender Lebensstandard, ein ständiger Strom von wachsenden Steuererträgen ermöglichte es ihm sogar, den Ansehen eines "Wohlfahrtsstaates" zu erwecken und einige Sozialreformen zuzugestehen.

Das Bild hat sich gewandelt. Seit Ende 1974 (der ersten Weltwirtschaftskrise seit dem II. Weltkrieg) ist die Arbeitslosenzahl kaum wieder unter die 1-Million-Grenze gesunken. Und wir sind

bereits mitten drin in der zweiten Nachkriegs-Weltkrise des Kapitalismus. Bis 1982 wird die Arbeitslosenzahl in der BRD möglicherweise auf 2 Millionen ansteigen. Seit Jahren liegen dauernd fast 20% der Produktionskapazitäten brach. 1981 wird die Pleitenwelle mehr als 11.000 Betriebe in den Bankrott treiben. Dadurch alleine werden zusätzlich 290.000 Menschen in die Reihen der Arbeitslosen gestoßen.

Welche Verschwendung! Die menschliche Arbeitskraft ist der einzige produktive Faktor in der Gesellschaft. Sie ist die Quelle fast allen gesellschaftlichen Reichtums.

NEIN ZUR SPARPOLITIK! Sozialreformen dürfen nicht angetastet werden

Mit einem Gewicht von etwa 150 verschiedenen Maßnahmen versucht die sozialliberale Regierung jetzt, dem Druck des Großkapitals und der FDP nachzugeben und die Krisenlasten auf die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten abzuwälzen.

Die Kürzungen bei den "Leistungsgesetzen" sollen sich 1982 auf insgesamt etwa 12,5 Milliarden DM belaufen. Weitere 4 Milliarden DM sollen von den Ministern in den Einzellets eingesparrt werden, wobei der Rüstungshaushalt ausdrücklich ausgenommen wurde. (Einzelheiten siehe S.2)

An der Parteilbasis macht sich immer mehr Unzufriedenheit über diese Rotschiffpolitik breit. Man fragt sich: Vertritt "unsere" Regierung überhaupt noch Arbeiterinteressen? Wie können wir uns wehren?

Die Niederlage bei den niedersächsischen Kommunalwahlen kommt nicht von ungefähr. Sie sollte eine ernste Warnung sein. Die SPD hat am 27. September fast ein Fünftel ihrer Stimmen eingebüßt. Auf dem Weg der Sparpolitik droht der Partei bei

den nächsten Bundestagswahlen eine schwere Niederlage. Eine

CSU/CDU-Regierung würde dann mit der großen Axt das "Werk" fortsetzen, das die SPD-geführte Regierung nun mit der kleinen Axt beginnt.

Im DGB gibt es bereits große Widerstände gegen das neue Sparprogramm. Unter dem Druck der Basis haben mehrere Gewerkschaftsführer mit Streiks gedroht, um diese Angriffe auf den Lebensstandard und die Existenzsicherheit ihrer Mitglieder abzuwehren. Bleibt es lediglich bei Drohungen?

Vor 8 Jahren, in Ihrer ersten Ausgabe hat VORAN gewarnt: "Wir unterstützen alle der Arbeiterklasse nützenden Reformen, da aber das Durchführen des SPD-Reformprogramms von dem unkontrollierten und unkontrollierbaren Lauf der Wirtschaft abhängig gemacht worden ist, warum wir dafür, daß die 'Kleinen Schritte' auch mal nach hinten getan werden können..." So wie es aussieht, werden jetzt nur noch Schritte "nach hinten" getan, die sogar immer größer wer-

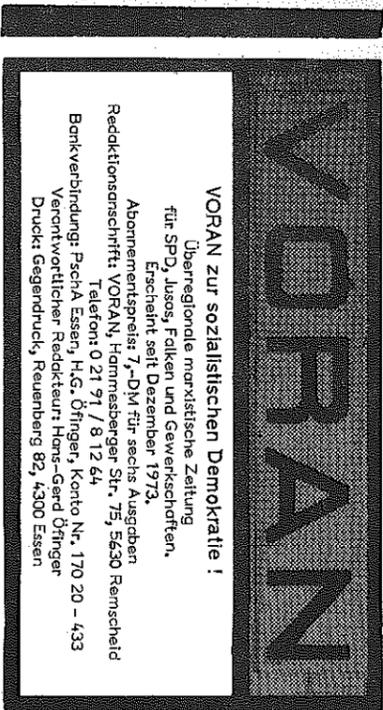
den!
Viele der damaligen Juso-Führer haben ungläubig über unsere Prognose gelacht. Heute sitzen sie im Bundestag und stimmen fast ohne Widerspruch einem einschneidenden Sozialabbau zu. Sicher liegt dies nicht an ihrem mangelnden guten Willen. Es liegt daran, daß sich der Kapitalismus kein Weiterbestehen des "Sozialstaates" leisten kann. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2

ARTIKEL ÜBER

- Kürzungen konkretS.2
- Jugendunruhen LondonS.3
- Neue BroschüreS.3
- Lehrerstreik (Hamburg)S.4
- DrogenabhängigkeitS.5
- ArbeitslosigkeitS.5
- PatenS.5



VORAN zur sozialistischen Demokratie!
 Überregionale marxistische Zeitung
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften,
 Erscheint seit Dezember 1973.
 Abonnementpreis: 7,- DM für sechs Ausgaben
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5430 Remscheid
 Telefon: 0 21 91 / 8 12 64
 Bankverbindung: Postk. Esser, H.G. Öttinger, Konto Nr. 110 20 - 433
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öttinger
 Druck: Gegendruck, Reuenerberg 82, 4300 Essen

VORAN-Spendenkonto im Rückstand : GEBT UNS GELD!

Die Einzahlungen auf unserem Kampffonds liefen im letzten Quartal äußerst schleppend — offenbar hatte das "Sommerloch" wieder zugeschlagen. Insgesamt erreichten uns in den letzten Wochen 1.073,49 DM. Damit haben wir seit Jahresbeginn 7.673,03 DM an Spenden erhalten — das sind rund 70% des "Solls". Wir sind also gegenüber dem Halbjahrstand, an dem wir knapp 90% des Ziels erreicht hatten, erheblich abgefallen.

An denjenigen, die uns eine Spende zukommen ließen, kann es nicht gelegen haben. Stellver-

trehend seien genannt:
 Köln: M. Meizer 5,- DM; W. Hartmann 0,47 DM; H. Schneider 12,- DM; W. Blasing 20,- DM. Brilon: R. Lubbe 10,- DM, Arolsen: D. Delaruelle 10,- DM. Berlin: J.P. Steffen 30,- DM. Remscheid: E. Feuring 35,- DM. Fröndenberg: T. und C. Moston 100,- DM.
 Vielen Dank!
 Aber vielleicht hattest DU Dir auch vorgenommen, etwas zu spenden, und es glatt vergessen? Das läßt sich leicht nachholen!

Bankverbindung: Angela Bankentf: 2422 50-432; Postcheckamt Essen

Manfred Engelhard bleibt SPD - Mitglied SOLIDARITÄT HAT GENUTZT

In VORAN Nr. 50 berichteten wir über das in Aachen angestrebte Parteivorgehen gegen den Personalratsvorsitzenden und SPD-Ratsherrn Manfred Engelhard. Aufgrund dieses Artikels war es zu einer bundesweiten Solidaritätsaktion gekommen. Dadurch wurde der Plan des Aachener SPD-Unterbezirksvorstandes durchkreuzt, in einem Bundesweit nicht bekanntgemachten Verfahren den Genossen Engelhard aus der Partei auszuschließen. Nach einem sechsstündigen Verfahren und wochenlangen Warten wurde Manfred Engelhard von der Schiedskommission, entgegen den Erwartungen des Vorstandes, nur gerügt. Der Vorstand verzichtete darauf, das Ziel eines Parteiausschlusses weiterzuverfolgen.

Inzwischen ist Manfred Engelhard als Personalratsvorsitzender beim Studentenwerk Aachen bestätigt worden. Er vertritt dort ca.

300 Arbeiter und Angestellte im Großküchen-, Wohnheim-, und BAFöG-Bereich. Zur Wahl stand nur eine Liste der ÖTV, und bei einer Wahlbeteiligung von über 90% erhielt Manfred Engelhard knapp 94% der Stimmen. Dies ist die Bestätigung dafür, daß eine Konsequente Interessensvertretung im Betrieb durch Sozialisten möglich ist und von den Kollegen auch unterstützt wird.

Die überregionale Solidarität im Parteivorstellungsverfahren hat uns sehr geholfen. Wir müssen in Zukunft enger und fester zusammenarbeiten nicht nur dann, wenn einer von uns angegriffen wird. Denn dadurch können wir alle viel stärker und wirksamem Ziel Sozialismus näher.

Hans Philippzig
 Sprecher der Vertrauensleute beim Studentenwerk Aachen und SPD-Mitglied OV West

NEIN ZUR SPARPOLITIK

Fortsetzung von Seite 1

Inflation haben zu einer Verminderung der Steuerertrahmen bei gleichzeitig erhöhter Inanspruchnahme der Sozialleistungen geführt. Und wenn ein Loch in der Staatskasse ist, dann kann der Reformismus beim besten Willen nicht mehr funktionieren...

Der Juso-Bundesvorstand und die SPD-Linken sollten sich an die Spitze einer Kampagne stellen, die "NEIN ZU KÜRZUNGEN!" sagt. Auf diese Weise könnte der Widerstand der Partei- und Gewerkschaftsbasis gegen den Sozialabbau mobilisiert werden. Der für die Partei verhängnisvolle Kurs (der allerdings nützlich für das Großkapital ist) in die sichere Wahl Niederlage könnte gestoppt

werden. Die bereits entstandene Unzufriedenheit über die Regierunbspolitik könnte umgewandelt werden in Unterstützung für eine sozialistische Alternative.

Unsere Antwort muß lauten: Wenn die kapitalistische Marktwirtschaft sich den "Sozialstaat" nicht mehr leisten kann, dann können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten!

*NUN zu Kürzungen und Sozialabbau! NEIN zu Hochrüstung! Schluß mit der SPD-Politik zugunsten des Großkapitals!

*Zurück zum SPD-Programm der großen Sozialreformen! Wenn diese Sozialreformen nicht mehr mit dem Bestehen des kapitalistischen Systems vereinbar sind, dann muß eben dieses System

FÜR SOZIALISIERUNG

Fortsetzung von Seite 1

können. Ebenso alle Investitionen in der Industrie — und vieles mehr.

Solange der Kapitalismus weiterbesteht, wird dieser Widerspruch nicht enden, sondern zunehmen: hier stillstehende Produktionsanlagen und dort erwerbslose Arbeitskräfte; hier Überkapazitäten und Überproduktion, welche die Warenlager verstopft, und dort Menschen, die kein Geld haben, die Waren zu kaufen.

Die Talfahrt wird weitergehen, nur von minimalen Entlohnungsphasen der Wirtschaft unterbrochen. Das Elend der 20er und 30er Jahre kommt wieder auf uns zu, wenn wir keine Veränderung der Wirtschaftsordnung durchsetzen.

In einer geplanten Wirtschaftsordnung wäre kein Grund für Arbeitslosigkeit oder mangelhaft ausgestattete Produktionskapazitäten. Die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit könnte auf alle arbeitsfähigen Menschen aufgeteilt werden. Die gegenwärtig brachliegenden Kapazitäten könnten genutzt werden, indem man die Erwerbslosen beschäftigt.

Solange es jedoch Privatigentum an Produktionsmitteln

gibt, solange die Großkapitalisten die Wirtschaft unter ihrem Diktat halten, das nur die Jagd nach größtmöglichen Profiten zum Ziel hat, solange läßt sich auch die Produktion nicht planen.

Die Großindustrie muß in Gemeineigentum überführt werden. Dabei kommt es hauptsächlich auf die größten Monopole an.

Deshalb fordern wir:

- * Wir wollen nicht für Krisen bezahlen, die wir nicht verursacht haben!
- * Überführung der 200 größten Industrieunternehmen samt aller Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- * Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion mit den Zielen:
 - keine Fabrik ungenutzt, keine Maschine stillstehen und kein Rohmaterial auf Halde liegen zu lassen;
 - jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv zu beschäftigen;
 - auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben und noch bestehendes Elend auszurotten.
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die verstaatlichten Betriebe und Industriezweige mittels demokratisch gewählter Aufsichtsräte, die sich zusammensetzen aus:
 - ein Drittel Vertreter der Belegschaft;
 - ein Drittel Vertreter der DGB-Gewerkschaften;
 - ein Drittel Vertreter des Staates.
- * Für ein Programm grundlegender Sozialreformen auf der Grundlage einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung:
 - Arbeit für alle! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
 - Ein garantiertes Mindestlohn von 1.500,- DM netto für alle!
 - Ausreichendes und billigen Wohnraum für alle! Es müssen jährlich 1 Million Sozialwohnungen gebaut werden, bis die Wohnungsnot beseitigt ist!
 - Kein Abbau, sondern Ausbau von sozialen Leistungen!

Ungefähr 200 Großkonzerne bei einer Gesamtzahl von 100.000 Industriebetrieben! Kontrollieren 75% der Industrieproduktion! Eine ganz kleine Minderheit ist es also, die die Macht in der Wirtschaft (und folglich auch im Staat) in den Händen hält. Ihre Herrschaft läßt sich nicht vereinbaren mit dem Interesse der Lohnabhängigen nach einem krisenfreien und sichereren Leben in Zukunft.

* Wenn die FDP nicht mitziehen will, wenn sie das ursprüngliche gemeinsam geplante Reformprogramm nicht mehr mittragen will, gibt es nur eine Konsequenz: Aufkündigung der sozialliberalen Koalition und Ausschreibung von Neuwahlen!

* Der nächste Wahlkampf muß von der SPD-Spitze offensiv geführt werden: gegen das Großkapital und seine Parteien CSU, CDU und FDP, für ein konsequentes Reformprogramm zugunsten der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, Rentner und Jugendlichen!

* Für eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

von Ingrid Becker, SPD-Mitglied, Remscheid

überwunden werden!

* Wenn die FDP nicht mitziehen will, wenn sie das ursprüngliche gemeinsam geplante Reformprogramm nicht mehr mittragen will, gibt es nur eine Konsequenz: Aufkündigung der sozialliberalen Koalition und Ausschreibung von Neuwahlen!

* Der nächste Wahlkampf muß von der SPD-Spitze offensiv geführt werden: gegen das Großkapital und seine Parteien CSU, CDU und FDP, für ein konsequentes Reformprogramm zugunsten der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, Rentner und Jugendlichen!

* Für eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

von Ingrid Becker, SPD-Mitglied, Remscheid

ist der Bundeshaushalt '82 "sozial aus-gewogen", wie unsere Spitzengeossen in Bonn behaupten? Oder müssen die Lohnabhängigen die Hauptlast tragen? Jede(r) kann sich ein eigenes Urteil bilden: Im Folgenden sind die Sportpläne der Bundesregierung aufgelistet. Sie beruhen auf verschiedenen Presseberichten und offiziellen Angaben der Bundesregierung. Endgültige Entscheidungen sind noch nicht getroffen, aber Bundestag und Bundesrat werden am Gesamtbild kaum noch etwas Entscheidendes ändern. Alle sind sich einig, daß 1982 insgesamt 15 bis 20 Milliarden DM gekürzt werden sollen.

Die Rotschiffpolitik in Kürze

1. BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (BfA):

- * Die Bundeszuschüsse für die BfA werden gekürzt. Opfer: ca. 6,7 Milliarden DM.
- * Die Leistungen der BfA wurden bereits durch Beschlüsse vom 30. Juli eingeschränkt. Opfer: 3,3 Milliarden DM.
- * Ab September kommen weitere Abschläge von den BfA-Leistungen: 345 Millionen DM.
- * Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3% auf 3,5%. Opfer: 3 Milliarden DM. (Dafür wird zwei Jahre lang der Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,5% gesenkt. Erwartete Mindererträge: 7 Milliarden DM. Unsere Prognose: das dadurch entstehende neue "Rentenloch" wird in kurzer Zeit zu Rentenkürzungen, Beitragserhöhungen und Krankenversicherungspflicht für Rentner führen.)

2. OFFER: ARBEITLOSSE, UMSCHÜLLER, BEHINDERTE:

- * Bund, Länder und Gemeinden kürzen die Ausgaben für den öffentlichen Dienst. Opfer: 2,3 Milliarden DM insgesamt. Darunter:
- * Öffentlicher Dienst:

3. ÖFFENTLICHER DIENST:

- * Für Nichtbeitragszahler gibt es keine Arbeitslosengelder mehr. Ebenfalls fällt für diese Gruppe das Unterhaltsgeld bei beruflichen Bildungsmaßnahmen weg. Opfer: 470 Millionen DM.
- * Der Zwang zur Annahme von viel schlechteren Arbeitsangeboten verschärft. Opfer: 300 Millionen DM.
- * Das Unterhaltsgeld bei Umschulungen wird auf die Höhe des Arbeitslosengeldes gesenkt. Opfer: 110 Millionen DM.
- * Die Eingliederungsbeiträge für Behinderte wird von zwei Jahren auf ein Jahr gekürzt. Opfer: 150 Millionen DM.
- * Die Mittel für Arbeitsbeschäftigungsmassnahmen werden 1982 (und 1983) gekürzt. Opfer: 300 Millionen DM (zusätzliches Opfer 1983: 200 Millionen DM).

4. STEUERERHÖHUNGEN:

- * Die Tabaksteuer geht ab 1. Juni um ca. 55 Pfennig pro Packung hoch. Opfer: 1,4 Milliarden DM.
- * Die Sektsteuer geht ab 1. April 1982 um 66 Pfennig je Liter hoch (soll das die "Reichen" treffen?). Opfer der Sekt-trinker: 100 Millionen DM.
- * Die Bromtweinsteuer wird ab 1. April 1982 erhöht. Opfer: 350 Millionen DM.
- * Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird noch diskutiert.

5. GESUNDHEITSWESEN:

- * Kranke müssen sich in Zukunft an den Kosten beteiligen. Opfer: 1 Milliarde DM.
- * Es kommt eine Erhöhung der Rezeptgebühren vor bisher 1,- DM auf 20% des Preises, maximal 4,- DM. Es dürfen pro Rezept nur noch höchstens 3 Medikamente verschrieben werden.
- * Medikamente für sogenannte "leichte Erkrankungen" werden künstlich über-

6. KINDERGELD, WOHNUNGSGELD, SPARFÖRDERUNG usw.:

- * Das Kindergeld wird um jeweils 20 DM für das zweite und dritte Kind gekürzt. Opfer: 1,7 Milliarden DM. (ist noch umstritten möglicherweise wird seitdem der erst kürzlich eingeführte Kinderfreibetrag wieder abgeschafft.)
- * Das Wohnungsgeld wird um 7,5% gekürzt. Opfer: 83 Millionen DM. (Betroffene sind vor allem Rentner).
- * Die sogenannte "Arbeitsnehmersparzulage" wird von 40% auf 26% (bzw. von 30% auf 16%) gesenkt das Bausparen wird nur noch mit 23% gefördert. Opfer: 38 Millionen DM.
- * Der Hausdarlehensbetrag für Alleinstehende über 49 Jahren wird wegfallen. Opfer: 38 Millionen DM.
- * Die Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Bauern werden gekürzt. Opfer: 210 Millionen DM.

7. GELDGESCHENKE FÜR UNTERNEHMER:

- * 1982 werden den Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen zur Investitionsförderung 865 Millionen DM zuzuführen zu den bereits ausgeschütteten Subventionen in den Rachen gestopft. (Dieses Geld werden sie angesichts der ohnehin nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten für weitere Kredite Rationalsierungen benutzen. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit steigen.)
- * Von 1982 bis 1985 werden sich diese zusätzlichen Finanzspritzen auf die Geldsumme von 15,7 Milliarden DM belaufen.
- * Alleine der Großkapitalist Flick braucht 120 Millionen DV Steuerschuld nicht zu bezahlen, was von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff höchstpersönlich genehmigt wurde.

Jugendkrawalle in Grossbritannien:

HASS AUF THATCHER UND IHR SYSTEM

Arbeiterbewegung muss handeln

Das Bild Grossbritanniens als friedliches Land, das zu zivilisierten Kompromissen neigt und von einer freundlichen unbewaffneten Polizei gestützt wird, verschwand plötzlich mit einer Explosion der Gewalt in allen Grossstädten diesen Sommer.

Wie die "MILLITANT" (Zeitung der Marxisten in der Labour Party — Ann. d. Übers.) vor einiger Zeit vorausgesagt hatte, mußten Massenarbeitslosigkeit, Kürzungen der Sozialleistungen und all-gemeiner gesellschaftlicher Verfall zwangsläufig zur Frustration und Wut führen, Jugendarbeitslosigkeit — die große europäische Krankheit! In Großbritannien ist sie noch viel schlimmer als in anderen Ländern. Über eine Million Arbeiter unter 25 Jahren — viele haben noch nie gearbeitet! Neben wachsenden Arbeitslosigkeit schreitet der Zerfall der Innenstadt fort. Wohnungen werden fast gar nicht mehr gebaut, die Industrie ist ausgezogen, die Ausgaben für Ausbildung und Sozialleistungen werden auf Beihilfe der zentralen Regierung dauernd gekürzt. All das zwingt die örtlichen Gemeindefürsorge in offenen Gegenden, die wirklich massive finanzielle Mittel brauchen, in eine untragbare Situation hinein.

Die Reaktion der konservativen Tory-Regierung auf die ersten Krawalle im April zeigte ihre totale Dummheit. Sie sogte den Leuten in Brixton: "Eine Geld-spritze würde die Lage nicht lindern." Dieser Stadtteil besteht aus Slums, wo einige Häuser der "Ratton Road" — genannt die "Frontlinie" — bereits 1929 als menschenunwürdige Unterkünfte verurteilt wurden! Es gibt überhaupt keine Sporteinrichtungen für Jugendliche in Brixton. Das einzig vernünftige Musikzentrum wurde durch das Ausschleiben einer kleinen finanziellen Subvention dichtgemacht. Es steht heute noch leer. Der einzige große Arbeitgeber, den es in diesem Stadtbezirk noch gibt, ist die Stadtverwaltung.

Das ist der Hintergrund der Krawalle in Brixton, Toxteth sowie in 20 anderen englischen Städten.

Seit einigen Jahren stehen die Labour Party Young Socialists (L.P.Y.S.) an der Spitze einer Kampagne gegen das berüchtigte "Berichtigte" "Verdichtungsge-setz". Dieses Gesetz, genannt "SUS", erlaubt es der Polizei, x-beliebige Leute 'auf Verdacht' festzunehmen, mit der Begründung, sie seien "im Begriff ein Verbrechen zu begehen". Die Anti-SUS-Kampagne hat vieles dazu beigetragen, den Polizeiterror gegen farbige und asiatische Arbeiter und Jugendlichen zu entlarven.

Das ist der Hintergrund der Krawalle in Brixton, Toxteth sowie in 20 anderen englischen Städten.

Seit einigen Jahren stehen die Labour Party Young Socialists (L.P.Y.S.) an der Spitze einer Kampagne gegen das berüchtigte "Berichtigte" "Verdichtungsge-setz". Dieses Gesetz, genannt "SUS", erlaubt es der Polizei, x-beliebige Leute 'auf Verdacht' festzunehmen, mit der Begründung, sie seien "im Begriff ein Verbrechen zu begehen". Die Anti-SUS-Kampagne hat vieles dazu beigetragen, den Polizeiterror gegen farbige und asiatische Arbeiter und Jugendlichen zu entlarven.

Das ist der Hintergrund der Krawalle in Brixton, Toxteth sowie in 20 anderen englischen Städten.

Seit 1974 haben die L.P.Y.S. sich in der Arbeiterbewegung konsequent dafür eingesetzt, die Notwendigkeit von Aktionen gegen Rassendiskriminierung und faschistische Gruppen aufzuzeigen. Wir veranstalteten nationale Demonstrationen, arbeiteten mit örtlichen antifaschistischen Komitees zusammen und brachten eine sozialistische Politik auf die Tagesordnung, um die Probleme sowohl der farbigen als auch der weißen Jugend auf allen Ebenen zu lösen. Es ist uns z.B. gelungen, einiges von der bisher rassistischen Einwanderungspolitik der Labour Party rückgängig zu machen.

Trotz einer Labourregierung (1974 — 1979) wurde jedoch die Lage dieser Millionen jugendreicheren Jugendlichen in der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen (Farbigen beträgt nun in vielen Gegenden über 50%) in Brixton und Toxteth geht mon sogar schätzungsweise von bis zu 70% aus.

Es wäre falsch, die Unruhen als Rassenkrawalle zu bezeichnen. Sie waren ein blinder Aufstand der arbeitslosen Jugend (schwarz und weiß) gegen den Polizeiterror und gegen ihre elende Situation. Vom Ausbruch der Krawalle im April im Londoner Stadtteil Brixton bis heute hat es keine massive und offene Rassen-fährlichkeit unter der Bevölkerung gegeben. Schwarze und weiße Jugendliche, junge Frauen und Männer haben nebeneinander auf den Straßen gekämpft. Die einzigen rassistischen Beleidigungen kamen von Polizisten, die sogar weiße Jugendliche als "Neger" beschimpften!

Die massiven Polizeisitzge, ihre Aufmärsche nach militärischer Art, die Massenverhaftungen, der Einsatz von CS-Gas und Gummiknüppeln haben nichts gelöst.

Die Krawalle wurden dadurch ausgelöst, daß 1000 Menschen im Laufe eines Sonderinsatzes der Polizei in den vier hergegangenen 2 Wochen in dieser Gegend angehalten und durchsucht wurden.

Der Einsatz nannte sich "Überschwemmung 81", was sich auf die rassistische Rede Frau Thatcher's im Wahlkampf 1979 bezieht, in der sie von den "Überschwemmungen" Großbritanniens durch farbige Einwanderer sprach.

Die Krawalle richteten große Schäden in der Gegend an, Gebäude brannten bis auf den Erdboden ab, Läden wurden zerstört — kurz: die Gegend wurde viel länger lang zum Schlachtfeld. Zu einem ruhigeren Zeitpunkt fuhr der Innenminister durch die Umgebung sogar er war von der Wut und dem Haß der örtlichen Bevölkerung gegen die "Tonies" sichtlich

Unterstützung kam jedoch von der Londoner Labour Party und vom T.U.C. (Gewerkschaftsdachverband). Ein Großteil der Arbeit dieses Komitees bestand darin, für die rechtliche Verteidigung der Festgenommenen zu sorgen und die Spenden für deren Gerichtskosten bzw. Geldstrafen einzusammeln. Einige schwarze Musikbands haben mitgewirkt, und es ist viel Geld gesammelt worden. Während

Unterstützung kam jedoch von der Londoner Labour Party und vom T.U.C. (Gewerkschaftsdachverband). Ein Großteil der Arbeit dieses Komitees bestand darin, für die rechtliche Verteidigung der Festgenommenen zu sorgen und die Spenden für deren Gerichtskosten bzw. Geldstrafen einzusammeln. Einige schwarze Musikbands haben mitgewirkt, und es ist viel Geld gesammelt worden. Während

Unterstützung kam jedoch von der Londoner Labour Party und vom T.U.C. (Gewerkschaftsdachverband). Ein Großteil der Arbeit dieses Komitees bestand darin, für die rechtliche Verteidigung der Festgenommenen zu sorgen und die Spenden für deren Gerichtskosten bzw. Geldstrafen einzusammeln. Einige schwarze Musikbands haben mitgewirkt, und es ist viel Geld gesammelt worden. Während

LEST UND DISKUTIERT DIE NEUE VORAN-BROSCHÜRE

Die kapitalistische Gesellschaft ist in eine Sackgasse geraten. Wo ist der Ausweg? Wie können die Probleme der Gegenwart und der nahen Zukunft gelöst werden? Die Antwort auf diese Fragen wird von vielen Jugendlichen gesucht.

Manche "steigen aus". Das ist ihre Antwort. Ein idyllisches Leben in der Landkommune, erndt von selbstgezeugten, giftfreien Früchten... Aber ist es nicht eine Illusion? Wer kann schon endgültig entfliehen? Wo gibt es eine vom übrigen Welt-geblieben abgeschirmte Insel, ein Platzstropfen, das unbearbeitete von möglichen Umweltkatastrophen, Krisen oder Kriegen? Wenn es die "heile Welt" nirgendwo gibt, bleibt nur eine neue bestehende Welt verändern! Wir wollen weltweit eine neue Gesellschaft aufbauen. Unser Ziel heißt Sozialismus.

Aber was für einen Sozialismus wollen wir? Es ist klar, daß in der 'sozialen Marktwirtschaft' keine 'Elemente des Sozialismus' enthalten sind, wie rechte Sozialdemokraten behaupten. Genauso klar ist es, daß der DDR-'Sozialismus' für uns nicht erstrebenswert ist."

Zitat aus "JUGEND FÜR SOZIALISMUS!"

Wie wir uns eine sozialistische Gesellschaft vorstellen und wie sie erkmüpf werden könnte, das beschreibt VORAN in dieser Broschüre. Die Redaktion VORAN besteht aus aktiven Jusos, Gewerkschaftern und Folken.

Im ersten Teil der neuen VORAN-Broschüre wird die Lage der Jugend in einer Klassengesellschaft erklärt. Einzelne Schwerpunkte bilden die Kapitaljugendberbeitslosigkeit, Freizeit, Wohnungsmi, Bundeswehr, zivilidienst, demokratische Rechte, Bildung usw. Von der konkreten Situation ausgehend werden Übergangsforderungen aufgestellt.

JUGEND FÜR SOZIALISMUS

Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse

Inhalt:

- 1. Die Lage der Jugend in einer Klassengesellschaft
- 2. Die Jugendberbeitslosigkeit
- 3. Freizeit, Wohnungsmi, Bundeswehr, zivilidienst, demokratische Rechte, Bildung usw.
- 4. Übergangsforderungen
- 5. Sozialismus
- 6. Die DDR-'Sozialismus'
- 7. Die 'sozialen Marktwirtschaft'
- 8. Die 'heile Welt'
- 9. Die 'sozialistische Demokratie'
- 10. Die 'sozialistische Demokratie'
- 11. Die 'sozialistische Demokratie'
- 12. Die 'sozialistische Demokratie'
- 13. Die 'sozialistische Demokratie'
- 14. Die 'sozialistische Demokratie'
- 15. Die 'sozialistische Demokratie'
- 16. Die 'sozialistische Demokratie'
- 17. Die 'sozialistische Demokratie'
- 18. Die 'sozialistische Demokratie'
- 19. Die 'sozialistische Demokratie'
- 20. Die 'sozialistische Demokratie'

Eine VORAN-Broschüre

VORAN ist eine monatliche Zeitschrift, die von einem Kollektiv von Jugendlichen, Arbeiter*innen, Studenten*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen herausgegeben wird. Die Broschüre enthält Artikel, Berichte, Interviews und eine Rubrik für Leser*innen. Sie ist kostenlos erhältlich und kann an alle Adressen in Deutschland und Österreich bestellt werden. Der Preis beträgt 2,50 DM.



erschüttert. Man versuchte, den Demonstrationen zu unterstellen, sie seien nur davon interessiert, zu rauben und die Läden auszuplündern — aber das stimmt nicht. Die Jusos standen auf den Straßen und unterhielten sich mit den Jugendlichen, verteilten sozialistische Flugblätter und verkauften Zeitungen vom ersten Abend an — sie waren Augenzeugen des politischen Zorns und der Frustration über die Polizei und das System, das diese beschützt.

Unmittelbar nach dem Brixtoner Aufstand hielten die L.P.Y.S. eine öffentliche Veranstaltung mit 600 Teilnehmern im Rathaus ab. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war eine Unterschriftenliste und die Forderung nach einer unabhängigen von der Arbeiterbewegung durchzuführenden Untersuchung der Vorfälle und ihrer Ursachen. Kurz darauf setzten die L.P.Y.S. für die Verteidigung eines "Arbeiterkomitees" für die Verteidigung von Brixton" in Gang. Die geforderte Untersuchung durch die Arbeiterbewegung hat wegen Verhinderung seitens örtlicher Labour- und Gewerkschaftsführer noch nicht stattgefunden.

Unterstützung kam jedoch von der Londoner Labour Party und vom T.U.C. (Gewerkschaftsdachverband). Ein Großteil der Arbeit dieses Komitees bestand darin, für die rechtliche Verteidigung der Festgenommenen zu sorgen und die Spenden für deren Gerichtskosten bzw. Geldstrafen einzusammeln. Einige schwarze Musikbands haben mitgewirkt, und es ist viel Geld gesammelt worden. Während

Unterstützung kam jedoch von der Londoner Labour Party und vom T.U.C. (Gewerkschaftsdachverband). Ein Großteil der Arbeit dieses Komitees bestand darin, für die rechtliche Verteidigung der Festgenommenen zu sorgen und die Spenden für deren Gerichtskosten bzw. Geldstrafen einzusammeln. Einige schwarze Musikbands haben mitgewirkt, und es ist viel Geld gesammelt worden. Während

Unterstützung kam jedoch von der Londoner Labour Party und vom T.U.C. (Gewerkschaftsdachverband). Ein Großteil der Arbeit dieses Komitees bestand darin, für die rechtliche Verteidigung der Festgenommenen zu sorgen und die Spenden für deren Gerichtskosten bzw. Geldstrafen einzusammeln. Einige schwarze Musikbands haben mitgewirkt, und es ist viel Geld gesammelt worden. Während

Krawalle haben die L.P.Y.S. weder zur Ausplünderung der Läden noch zur Verbrennung von Gebäuden aufgerufen, noch haben sie solche Aktionen gutgeheißen, denn sie zeigen keinen Ausweg für die Jugend und bieten überhaupt keine Lösung. Trotzdem fordern die Jusos, daß alle Klagen zurückgezogen werden, weil wir Zeugen der vollkommen willkürlichen Verhaftungen sowohl Unschuldiger als auch Schuldiger durch die Polizei waren.

Zwangsläufig brachen auch anderswo Krawalle aus. Zunächst in Southall (West-London), wo ein Einmarsch von Faschisten und gewissen "Skinheads" in das vorwiegend von asiatischen Einwanderern bewohnte Viertel dazu führte, daß die asiatische Jugend (gemeinsam mit weißen Jugendlichen) die Umgebung zuerst gegen die Faschisten, aber dann gegen die sie schützende Polizei verteidigen mußte. Noch einmal schritten die Jusos ein, um der kämpfenden Jugend eine klare politische Richtung zu geben, 20.000 Flugblätter wurden im Stadtviertel verteilt, hunderte von Zeitungen verkauft. Eine 400 Menschen umfassende Diskussionsveranstaltung wurde durchgeführt, 200 Jugendliche trafen innerhalb weniger Tage den L.P.Y.S. bei.

Am nächsten Abend war die Hilfe los im Liverpooler Stadtteil Toxteth, eine Gemeinde mit einer großen farbigen Bevölkerung. Dort broch die schlimmste und nachdrücklichste Gewalt aus. Sie wurde vor allem durch die brutalen Polizeimethoden provoziert, die vom örtlichen Polizeichef angewandt wurden. Die Bilanz: schwere Verletzungen und der brutale Mord an einem körperbehinderten Jugendlichen.

Vom Anfang an drängten die Jusos und die Anhänger der marxistischen Zeitung "MILLITANT" darauf, daß die Jugend sich der Arbeiterbewegung anschließen muß, um ihre Belange wirksam zu vertreten. Das ist der Platz für die Absetzung sowohl der Polizei als auch der "Tonies" und für den Sturz ihres verfaulten Systems zu kämpfen. Im ganzen Land wurde das Programm der L.P.Y.S. und der "MILLITANT"-Anhänger — unter ihnen der örtliche Parlamentskandidat der Labour Party und einige Labour-Stadtratsmitglieder, die oft zitiert wurden — von den Medien ins Rampenlicht gerückt. Die Krawalle in Toxteth sprangen auf andere Städte Englands über — u.a. gab es besonders starke Aufstände in Manchester Moss-Side und wiederholt in Brixton.

Überall, wo die Jugend auf die Straße gingen, waren die Jusos zur Stelle und hoben Argumente für eine sozialistische Alternative vorgebracht. Sie versuchten, die Wut der Jugendlichen über die Reihen der blau-uniformierten Polizisten hinweg gegen die wirklichen Plünderer und Verbrenner zu lenken, die für ihre hoffnungslose Situation tatsächlich verantwortlich sind: die Kapitalisten. Besonders wirksam waren die Forderungen der L.P.Y.S. nach demokratischer Kontrolle der Polizei, nach dem Abschluß der Labour Party, einschließlich einiger führender Köpfe, aufgegeben wurden. Diese Forderungen haben die herrschende Klasse aufgeschreckt, jetzt erwägen sie die Einführung noch schärferer Unterdrückungsmethoden in Zukunft. Unter anderem planen sie den Bau eines KZ-ähnlichen "Jugendstrafers", das von Stacheldraht umgeben ist. Das zeigt klar, daß sie mit weiteren Krawallen die logische Konsequenz der Krise ihres Systems rechnen. Die Krawalle waren ein vorläufiger Höhepunkt im Kampf gegen die Tory-Regierung. Gleichzeitig waren sie aber blind und perspektivlos ohne politischen Program. Ausbruch verzweifelter arbeitsloser Jugendlichen. Für Frau Thatcher persönlich waren sie der Anfang ihres Endes. Inzwischen glauben sogar viele Mitglieder in ihrer eigenen Partei, sie sei eine einzige "Volkskats-trophe".

Für die Labour-Führer sind die Krawalle sowohl eine Gelegenheit als auch eine Warnung. Sie denken auf das immer größer werdende politische Vakuum hinter das nur eine entschlossene sozialistische Politik ausfüllen kann. Auf der anderen Seite zeigen sie die möglichen Gefahren des Abrutschens eines Teils der Jugend in den individuellen Terrorismus und des Wuchstums faschistischer Ideen auf, die zu einem späteren Zeitpunkt immer mehr Rückhalt finden könnten, wenn kein solches Programm an den Tag gelegt wird.

Das nächste Kapitel im britischen Klassenkampf wird jedoch von der organisierten Arbeiterbewegung geschrieben werden. Die Radikalisierung der Basis der Labour Party, die Abscheidung ihres rechten Flügels, der katastrophale wirtschaftliche Niedergang — all dies wird den Nährboden für ein schnelles Wachstum des Einflusses der marxistischen Kräfte in Großbritannien darstellen.

Der Marxismus könnte so in wenigen Jahren die beherrschende Kraft in der britischen Arbeiterbewegung werden. Revolutionäre und vorrevolutionäre Situationen, wie sie sich noch in den 80er Jahren landesweit (und nicht nur in einzelnen Stadtteilen) entwickeln werden, können dann zu einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft führen.

von PAT BYRNE (Mitglied der Labour Party, wohnt in London-Brixton)

VORAN-SEMINAR

VORAN lesen alleine genügt nicht. Eine Zeitung wie VORAN soll anleiten zum Handeln. Doch praktische Kleinarbeit kann ohne grundsätzliche Ziele, Ideen und Perspektiven nicht erfolgreich sein. VORAN veranstaltet regelmäßige Lesetreffen und Seminare, damit wir wichtige politische Fragen diskutieren und persönliche Erfahrungen austauschen können.

Das nächste Seminar findet am 17./18. Oktober 1981 im Naturfreundehaus Hürth (bei Köln) statt. Wer sich noch kurzfristig dazu anmelden möchte und weitere Informationen will, setze sich in Verbindung mit der Redaktion VORAN. Am besten telefonisch: 02191-81264. Als Tagesordnung ist geplant:

- * Ausblicken für die deutsche Arbeiterbewegung in den 80er Jahren
- * Unser Programm "Jugend für Sozialismus"
- * Politische Ziele und praktische Arbeit

Zum abgebrochenen Streik an der Hamburger Fremdsprachen-Schule:

“HAMBURGER MODELL” - NEIN! TARIFVERTRAG FÜR PRIVATSCHULEN - JA!

Für die Demokratisierung der GEW

Zum ersten Mal im Privatschulbereich gibt es nach einem unbefristeten Erzwingungsstreik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einen Tarifvertrag an der Hamburger Fremdsprachenschule (HFS). Dieser Erfolg bedeutet eine völlig neue Situation im Privatschulbereich und kann den Anfang vom Ende der zum Teil un menschlichen Bedingungen ableiten — wenn die GEW sich dafür einsetzt — in vielen der 300 ähnlichen Privatschulen der BRD.

Auf der anderen Seite darf das Ergebnis des HFS-Streiks kein Modell werden für andere Kämpfe im Privatschulbereich. Dafür waren die Kosten zu hoch. Der Streik ist vorbei. Ein paar Jahre Gewerkschaftsarbeit — von Null angefangen — und zehn Monate Streikbereitschaft mündeten in den ersten unbefristeten Streik in der Geschichte der GEW. Die Solidarität unter Lehrern, Schülern, Eltern und Kollegen aus anderen Teilen der BRD wuchs ständig.

Streikbecher gaben ihre Tätigkeit auf und traten in die Gewerkschaft ein. Plötzlich, in den frühen Morgenstunden — noch nur vier Tagen Streik — wurde ohne Streikaussetzung vereinbart. Den Tag werden viele Kollegen nicht so schnell vergessen. Es gibt aber viele Ereignisse des Streiks, die uns die Lehre dienen sollen, wollen wir — und dies gilt nicht nur für Lehrer — die Fehler und die Opfer des HFS-Arbeitskampfes vermeiden. Dieser Artikel — aus der Sicht eines ehemaligen HFS-Kollegen und aktiven Gewerkschafters in der Streikleitung wie in der Tarifkommission — soll diesem Ziel dienen.

Der Konflikt an der HFS wurde verursacht durch die Langsam, aber stetig wachsende Unzufriedenheit der aktiven Kollegen mit den leeren Versprechen und Ausreden der Geschäftsleitung während der letzten Jahre. Eine ganze Zeitlang bekamen die Kollegen ihre Gehälter erst mitten in einem Monat rückwirkend für den vorigen Monat. Wir sollten Verständnis zeigen für die finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens. In der Zeit, wo die Geschäftsleitung das Geld nicht herausbrachte, froben die Banken auch an unseren Kontoverbindungen.

Viele Kollegen waren Ausländer, oft im Ausland geboren, und mit überfremdben Darstellungen vom schönen Leben in Hamburg bei miserablem Gehältern an der Schule eingesetzt. Diese Stellen waren vielfach ihr Berechtigungsschein für ihre Aufenthaltsgenehmigung und sie nahmen daher vieles in Kauf — eine ganze Zeit lang wenigstens: z.B. 34 Unterrichtsstunden (4 davon abends) für 13,50 DM brutto die Stunde (also Lehrer auf Stundenlohnsystem). Die vielen Stunden, die für Unterrichtsvorbereitung erforderlich waren, wurden nicht bezahlt. (Die 6 Wochen Jahresurlaub schlossen gesetzliche Feiertage mit ein).

Von Lohnverhandlungen konnte man drei Jahre lang nichts spüren. Das alles sollten die Lehrer mit Fassung hinnehmen und „pünktlich, ordentlich, nüchtern und gütig“ ergehen lassen. Die Arbeit erscheinete — sonst war eine sofortige Entlassung nicht auszuschließen.

Viele Leser werden diese Bedingungen überraschen — viele andere, besonders Lehrer im Privatschulbereich, kennen solche Wildwest-Bedingungen nur zu gut. Denn der Kampf an der HFS wurde symbolisch, stellvertretend für einen großen Teil der ca. 300 ähnlichen Privatschulen geführt.

Zahllose Kollegen nehmen monatliche und jahrelange unmenschliche Bedingungen aus Mangel an Alternativen und berechtigter Furcht vor Arbeitslosigkeit hin. Aber irgendwann sagen sie "Jetzt ist das Maß voll!"

Nachdem dem überwiegenden Teil die Sinnlosigkeit weiterer Verhandlungen mit der Geschäftsleitung klar war, gingen die HFS-Kollegen einen schwierigen Weg hin zum Entschluss, einen Tarifvertrag zwischen der Geschäftsleitung und der GEW zu fordern.

In diesem Prozeß splitteten die beteiligten Kollegen der GEW eine nicht zu überschätzende Rolle. Man versuchte anfangs, die Vorbereitungen so zu koordinieren, daß die Kollegen immer den Überblick hatten und an allen Stufen der Vorbereitungen beteiligt waren. Ein

Punkt, dessen spätere Vernachlässigung Folgen haben sollte. Wir fingen dann umgehend damit an, einen vorläufigen Kompromißentwurf aufzustellen, einschließlich eines provisorischen Streik-Komitees. Unsere Einstellung war: die Gedanken und die Bedürfnisse der betroffenen Kollegen müssen die treibende Kraft sein.

Der Streik sollte noch vor der Sommerpause stattfinden. Da bot plötzlich — und ohne unsere Kenntnis — unser Vorsitzender den Arbeitgebern weitere Verhandlungstermine an. Damit war das Tempo und die Stimmung vorerst raus. Einige Kollegen schmissen ihren Arbeitsplatz hin.

Nach der Sommerpause mußten wir die Kollegen erst mal wieder zusammenbekommen, die Entschlossenheit wiederfinden. Doch der Wille der meisten Kollegen war ungebrochen. Die Devise: "Jetzt oder nie!"

Am 26. August fand eine historische Urabstimmung der GEW statt — und 96% der vollbeschäftigten Lehrer, die zur Urabstimmung aufgerufen waren, stimmten für den unbefristeten Streik. Vieles war noch nicht klar: Werden wir zusammenhalten? Werden wir verlieren? Die Vertrauensleutevollversammlung der GEW Hamburg am selben Abend widerspiegelte euphorische Einigkeit. Der Streik hatte begonnen. Kurz davor hatten zwei Kollegen innerhalb von 48 Stunden die Kollegen einer anderen Schule in Hannover über den neuesten Stand unterrichtet und sie in die Gewerkschaft geholt. Der Sprecher der HFS-Betriebsgruppe: "Wir brauchen Euch und wir werden gewinnen!" Der GEW-Landesvorsitzende betonte: "Es wird nicht einfach sein" und erwähnte die Möglichkeit einer Betriebsabschiebung.

Trübsinnig nahmen wir diese Worte nicht zum Anlaß, über entsprechende Kampfmaßnahmen unsererseits bei einer Betriebsabschiebung zu diskutieren. Später — zu spät allerdings — sprach er selber von einer Betriebsabssetzung. Wir hätten sonst über eine Eskalierung des Kampfes mit Unterstützung der anderen Euro-Schulen sprechen — oder eine Niederlage fest vorgeprogrammieren müssen.

Wir konnten allerdings nicht wissen, daß ca. 140 Stunden später — dazu während die meisten aktiven Kollegen abfuhren — aufgrund dieser Drohung der Streik formal ausgesetzt — faktisch beendet — werden sollte.

Dabei hatte es eine ständig steigende Solidarisierung mit dem Kampf gegeben. Der GEW-Landesvorsitzende handelte alleine in nächstlicher Stunde mit einem unserer Chefs eine Vereinbarung aus, von der die Streikenden keine Ahnung hatten.

Die Schülerninnen zeigten fast alle ein einmaliges Verständnis für Kollegen. Viele informierten sich weiter im Streik-Kalender. Einige schrieben im Sinne der Streikenden an die Geschäftsleitung. An der maten selber Transparente "Wir wollen unsere Lehrer — unter anständigen Bedingungen!" usw. Wieder andere entlarvten einen Streikbrecher durch bohrende Fragen die recht unfähig, in "sohnein" Fach zu unterrichten. Er gab auf. Einer anderen Kollegin wurde Geld zugesteigert, um für die Geschäftsleitung Drecksarbeit zu übernehmen; sie schloß sich nachher der GEW an. Eine Kollegin, die auf Grund einer mündlichen Vereinbarung mit der Geschäftsleitung eine 10minütige Auseinandersetzung hatte, Derortigen Mut und Prinzipien zeigte nicht jeher. Doch wenn auch das Gewissen von zwei Streikbrechern nicht unter dem Druck der "Massiven Überzeugungsbeiträge" der Streikposten litt, so doch ihre Verdauung!

Die Streikposten lernten, die Kontrolle vor den Türen der Schule zu übernehmen. Als aus Süddeutschland Ingeheim streikbrecher — Unterkunft im besten Hotel — „angehört“ wurden, trotzen sie sich nicht auf eine mündliche Vereinbarung mit der Geschäftsleitung hin, sondern sie am Hauptbahnhof und dort städtische Beamten, besonders bei Streikposten, die sie auf ihre Art willkommen. Einer sagte sofort „ob, die anderen zog es nach

kurzer Zeit eher auf die Reeperbahn. Überall siegte das Bewußtsein und die Entschlossenheit der Kollegen und anderer Streikposten.

Allerdings — und dies geben die Kollegen der HFS aufrichtig zu — haben sie sich nicht ausreichend an den Auseinandersetzungen in der Streikleitung und der Tarifkommission beteiligt. Es war doch ihr Streik. Deshalb hätten alle in dem Kampf eingeschalteten Gremien von der Beteiligung der HFS-Kollegen geprägt sein müssen.

An den Verhandlungen nahmen außer einem gewerkschaftlichen Hauptkomitee nur wenige Kollegen aus dem Betriebsrat teil. Durch lange Verhandlungen waren sie erschöpft und übermüdet. Doch nicht durch Verhandlungen wird ein Unternehmer weichgekocht, sondern durch den drohenderstehenden Streik. Es wäre deshalb nicht richtig, die Verhandlungskommission regelmäßig zu tauschen, damit stets "frische" Kollegen da sind (wie einige Kollegen meinten).

Wir werden aber auch dafür sorgen, daß aktive Kollegen in zukünftigen Auseinandersetzungen nicht auf ähnliche Gedanken kommen können. Konkret: Die Kollegen müssen selbst das Recht haben, über Fortsetzung oder endgültige Beendigung des Kampfes in einer Urabstimmung zu entscheiden. Dies gilt auch für vorübergehende Streikaussetzungen, die nicht ohne ein Meinungsbild der betroffenen Kollegen zustandekommen sollten, denn sie nahm den Kollegen die Kraft und viele Hoffnungen: die Streikleitung konnte nicht mehr sicher sein, ob die Kollegen wieder zum Einsatz bereit wären. Ein solcher energiewerkschlagender Streik entwickelt sein eigenes Tempo, das möglichst ungebrochen bleiben muß.

Bei der Streikaussetzung sind aber auch andere Punkte anzumerken: Ohne Urabstimmung wurde dadurch ein Tarifvertrag angenommen, der in sich selbst zwei Selbstzerstörungsmechanismen einbaute: Erstens gehören zwei Abteilungen dem tariflichen Bereich nicht an. Somit hat die Geschäftsleitung die Möglichkeit, Kollegen aus dem tariflichen Bereich herauszuholen und sie in diese Abteilung einzusetzen. Das haben die mitstreikenden Kollegen dieser Bereiche nicht verdient.

Zweitens gilt der Tarifvertrag nur für Beschäftigte mit mehr als 10 Stunden Wochenarbeitszeit. Man könnte das Gewicht der Tätigkeit in der Schule auf unter 10 Stunden senken. Ferner könnte man Kräfte anheuern, die für weniger als 10 Stunden arbeiten.

Drittens: Die rechtliche Vereinbarung kam nur zustande aufgrund einer Nebenabstimmung. In der das kamptmittel Streik in den Euro-Schulen für unzulässig erklärt wird, in denen die gleichen bzw. bessere Bedingungen vorzuziehen sind. Das wird sicherlich vielen Lesern unangenehm sein. Noch ist gar nicht klar, in welchen der 25 Schulen, — außer Hannover — überhaupt noch gestreikt werden darf. In diesem Zusammenhang bitten wir auch die Kollegen aus diesen Schulen, mit uns in Kontakt zu treten, um einen Überblick zu bekommen.

Aber auch, wenn es nur in eine Schule sein sollte — sollten die Unternehmer so dumm gewesen sein? — ist das doch eine Schule zuviel! Es wäre eine Schande, wenn in anderen Schulen die Kosten für diesen Tarifvertrag auf den Schultern von den dortigen Kollegen getragen werden sollten. Die GEW hat sich damit selbst die Hände gefesselt. Es darf keine Nebenabstimmungen mehr geben in zukünftigen Tarifverträgen!

Es muß in der ganzen GEW eine ausführliche Diskussion geben über diesen Streik und seine Lehren. Welcher GEWler möchte nicht wissen, wie die GEW ihren ersten unbefristeten Streik durchführte? Dabei muß die konstruktive und soldatische Kritik einen wichtigen Platz einnehmen.

Dabei haben selbstverständlich jene Gedanken keinen Platz, die nach Beendigung des Kampfes aktiv, aber kritische Kollegen als "Außenstehende" herdstufen bzw. von "Agitatoren" reden.

Der Kampf an der HFS hätte viel mehr herausholen können. Wie erklärt man es sonst, daß am Tage der Streikaussetzung die Geschäftsleitung ins ehemalige Streiklokal ging, um mit triumphierenden Gesichtern unser Bier zu genießen? Wegen ihrer Niederlage?

Wir werden weiterkämpfen — auch für und mit den Kollegen der HFS so noch möglich — dem morgen ist vielleicht schon eine andere Schule dran!

- * Tarifverträge — Ja! Aber kein Hamburger Modell!
- * Mögliche Beteiligung aller betroffenen Kollegen in Arbeitskomitees in zukünftigen Arbeitskampfzeiten
- * Über Tarifrundlagen, um über Tarifscheidungen in zukünftigen Arbeitskampfzeiten
- * Die betroffenen Kollegen in Tarifrecht schulden!
- * Keine Nebenabstimmungen bei Tarifverträgen!

Homburg, den 19. September 1981
Greg Powell, GEW-Mitglied



HAMBURGER MODELL
TARIFVERTRAG FÜR PRIVATSCHULEN - JA!

Dies müssen aktive Kollegen der GEW aufgreifen als wichtige Lehre dieses Streiks. Für zukünftige Arbeitskämpfe muß das gewährleistet sein. In der HFS-Aktion gab es nämlich einige Mißverständnisse dadurch, daß zeitweilig eine Klüft entstand zwischen den Arbeitskomitees (einschließlich Verhandlungskommission) und den Kollegen in der Schule. Um ein möglichst genaues und einheitliches Bild der Meinungen und Anregungen der Kollegen zu erhalten, ist daher jeder Tag in einem Streik eine Betriebsgruppenversammlung unentbehrlich. Die Ergebnisse müssen in die entsprechenden Arbeitskomitees einfließen. Während eines Streiks kann jede Stunde so viel positives wie sonst in einem Jahr; eine innerhalb von einer Minute getroffene Entscheidung stellt sich vielleicht nach kürzester Zeit heraus, besonders bei Streikposten, die entsprechende Arbeitskämpfe einleiten.

- * Stattdessen muß man aussichtslose Verhandlungen unterbrechen und warten, bis der Streik weitere Wirkung zeigt.
- * Und unter allen Umständen müssen die Streikenden auf dem laufenden gehalten werden. Eine demokratische Kontrollmöglichkeit über die Verhandlungskommission, indem jederzeitige Rückruf- und Abwahlmöglichkeit der Verhandlungskommissionsmitglieder besteht — das wäre die Lösung unserer Schwierigkeiten gewesen.
- * Erstauulich und für mich undemokratisch war die Tatsache, daß man die Sitzung der GEW so benutzt hat, daß es keine Urabstimmung noch der nächtlichen Vereinbarung und Streikaussetzung gab. Das Ergebnis mehrere Kollegen fühlen sich verschaukelt, einige wollten aus der GEW austreten, bzw. für die Dauer des Tarifvertrages ihre Beiträge nicht entrichten. Diese Gedanken müssen aktive Gewerkschafter natürlich entschieden abwehren, und das werden wir auch tun.

Erfahrungsbericht eines ehemaligen Drogensüchtigen :

“ ABHÄNGIGKEIT AM EIGENEN LEBERERFAHREN ”

Über Drogenabhängigkeit kann man heute allerorts etwas lesen. Vom trockenen Sachbuch angefangen bis hin zum — mittlerweile verfilmten — Erlebnisbericht reicht die Palette (von oberflächlichen Artikeln in Zeitungen und illustrierten gar nicht zu sprechen). Trotz allem zeigt jede Darstellung für sich nur einen winzigen Teilaspekt dessen, was Drogenabhängigkeit eigentlich ist. Ich habe Drogenabhängigkeit am eigenen Leibe erfahren. Heute bin ich 25 Jahre alt, habe seit einiger Zeit meine Bewährungsfrist (Verurteilung aufgrund wiederholten Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz) erfolgreich hinter mir und führe, wie man so schön sagt, ein geordnetes Leben.

Warum ich diesen Artikel schreiben hat zwei Gründe: Erstens bin ich durch die Aufforderung zum Schreiben mir selbst gegenüber gezwungen, Farbe zu bekennen. Und zweitens möchte ich hierdurch Leute, die sich selbst als Versuchskaninchen für Rauschgift betrachten, warnen vor dem, was sie mit "H" (Heroin) erwarten.

Der Beginn meiner Drogen-"Karriere" liegt Ende der 60er Jahre. "AN 1" war damals auf der Tagesordnung, noch rezeptfrei zu beziehen und brachte einem das Feeling, das man brauchte, um die geforderte Leistung in der Schule zu bringen. Einige Schulkollegen hatten auch schon Hausschisch-Erfahrung.

Selbst Pott geraucht habe ich dann 1972, zu Beginn meiner Lehre, da die Schwärmerei eines meiner Kollegen, mit dem ich mich anfreundete, mir geteilt und meine Neugierde anheizte.

Kiffer sind gesellige Typen, meist in Cliquen zusammen und von einer gefühlmäßigen Intensität, wie man sie sonst nicht mehr zu erleben glaubt. Auch der Stoff

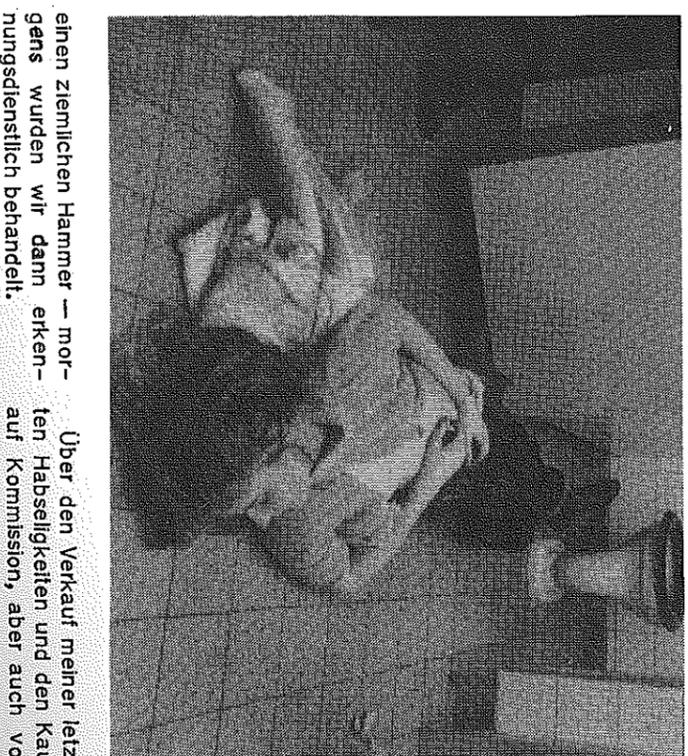
wird geteilt, und so kam ich bald schon an den ersten Trip, der mir eine Illusion vermittelte, von der ich begeistert war.

Von hier ab rauchte und schluckte ich alles, was sich mir anbot, mit Ausnahme von DOM (stärkeres LSD), das auch meine Freunde zu gefährlich fanden. Was ich brauchte, bekam ich von Chemielaboranten. Zu Preisen, die heute utopisch erscheinen. Hier fängt auch mein eigentliches Doppelleben an, das sich von da an abspalte: an den Wochenenden zusammen mit meiner Clique, an den Wochentagen Lehrling, wie jeder andere auch (allerdings wurde hier auch mal gelegentlich geraucht, um den Problemen am Arbeitsplatz zu entfliehen).

Pervitin-Weckmittel war die nächste Stufe auf meiner Drogenleiter, bis ein Freund mir eines Tages stolz auf der Arbeit von seinem ersten Schuß erzählte. Da entstand bei mir so etwas wie Neid auf die Erlebnisse, von denen er mir vorschwärmte. Doch niemand in unserem Kreis war bereit, mir einen Schuß zu setzen.

Kokain zu schnüffeln, war das Einzige, was man mir anbot, bis ich dann 1974 im Sommerurlaub mit drei Typen aus unserer Clique schließlich auch an dieses Mittel kam. Von dieser Euphorie war ich so begeistert, daß ich mir nun täglich morgens und abends einen Schuß setzen ließ. Natürlich wurden nebenher auch andere Rauschmittel weitergenommen — nicht zu vergessen der Alkohol. Nach drei Wochen Urlaub hing ich voll an der Nadel und hatte auf der Rückfahrt bereits meinen ersten Entzug.

Den ersten größeren Ärger mit dem Zoll gab es bei dieser Gelegenheit auch gleich. Zum ersten Mal war ich in einer Zelle, das empfinde ich heute noch als



einen ziemlichlichen Hammer — morgens wurden wir dann erkrankungsdienstlich behandelt.

Auf jeden Fall war ich von da ab total "drauf"; auch eine Kur, die ich zwischenzeitlich wegen Herzbeschwerden antreten mußte, änderte nichts daran. Mehrere Krastaufenthalte meines besten Freundes, wie Todesfälle innerhalb meines Bekanntenkreises, verminderten nicht, daß ich meine tägliche Dosis steigerte auf bis zu sieben Schuß. Erstaunlicherweise brachte ich sogar meine Lehre noch zu einem "so-gerade-eben-Abschluss", eine daran anschließende höhere Schulausbildung brach ich jedoch nach einem Jahr ab.

Esonders katastrophal war die Zeit von Schuß zu Schuß, die man damit verbrachte, nach neuem Stoff zu hetzen. Nichts zählte mehr, außer dem Erfolg, an "H" und ähnliches ranzukommen. Den Sozialkontakt, dessen Intensität ich vorher so schätzte, gab es nicht mehr, auch bei Freundschaften mit Mädchen interessierte nicht die Person.

Über den Verkauf meiner letzten Habseligkeiten und den Kauf von Kommission, aber auch den Schenkungen, lebte ich in dieser Zeit meine Gier nach dem Stoff aus. Beschafft haben zum Großteil meine Kollegen — über die Möglichkeiten der Beschaffung gibt es hinreichend Hinweise in der laufenden Literatur. Hierzu kann ich aus begrifflichen Gründen nicht mehr Stellung nehmen.

Zu Beginn des Jahres 1976 erwischte mich meine Mutter auf dem Klo; ab da schleppte man mich vom Arzt zum Psychologen und zurück. Der "Erfolg" dieser Behandlung bestand in der Gabe von Valerol, das meinen Entzug lindern sollte, aber mir weiter zum Spitzzen diente.

1977 starb dann mein bester Freund. Diese Tatsache und die, daß mittlerweile ein Verfahren gegen mich lief, bewog mich ernsthaft zu einem Entzug. Einen 14-tägigen körperlichen Entzug machte ich im Landeskrankenhaus Düren. Da ich dort den Arzt nur einmal in der Woche zur Visite sah und die Aussicht bestand, daß eine anschließende "Therapie" dort genauso lückenlos sein würde, brach ich dann diese Art der Entwöhnung ab. Von da an — und darauf bin ich stolz — habe ich es allein geschafft, von diesem verdammten Zeug loszukommen. "Clean" bin ich nun seit ca. vier Jahren.

Mit diesem überblickhaften Beitrag fordere ich alle VORAN-Leser auf, Fragen zu stellen oder Diskussionsbeiträge an die Redaktion zu schicken, da mich weitere Beiträge zu diesem Thema interessieren würden.

SCHREIB AUCH DU FÜR VORAN!

Ärger im Betrieb? Miserable Arbeitsbedingungen und zunehmende Arbeitshetze? Schlechte Erfahrungen bei der Wohnungssuche? Druck in der Schule? Konflikte mit der "Staatsgewalt"? Habt Ihr Euch wehren können?

Auf dieser Seite haben unsere persönlichen und ganz alltäglichen Erfahrungen ihren Platz. Jeder(r) von uns erlebt genug, um auch selbst einen kleinen Artikel in VORAN zu schreiben. Gar nicht lang und kompliziert, sondern kurz, einfach und bündig. Also: Behaltet Eure Erfahrungen nicht für Euch, sondern schreibt für VORAN!

Eine Betroffene berichtet:

“ ARBEITSLOSIGKEIT MACHT UNZUFRIEDEN. ”

Als ich arbeitslos wurde, war mir klar, daß ich so schnell keine neue Stelle finden würde. (Heute, nach sieben Monaten, habe ich immer noch keine...!) Aber da ich grundsätzlich versuche, auch aus einer schwierigen Situation das Beste zu machen, dachte ich, nun käme ich wenigstens dazu, all die Dinge zu tun, für die ich früher keine Zeit hatte.

Eine Welle funktionierte das auch ganz gut. Ich las Bücher, die monatelang ungelesen herumliegen hatten; ich genoss es, Freunde zu besuchen, abends auf Veranstaltungen zu gehen, ohne befürchten zu müssen, daß mir am nächsten Morgen der Schlaf fehlen würde.

Aber irgendwann fiel mir auf, daß sich mein Tagesrythmus langsam veränderte. Er ging gewissermaßen aus dem Leim. Während ich früher, als ich noch arbeitete, meine freie Zeit sorgfältig einteilen mußte, hatte ich auf einmal theoretisch den gan-



zen Tag Zeit. Und das heißt nicht etwa, daß man auch mehr schafft — im Gegenteil! Die Tatsache, daß man etwas genauergut "später" erledigen kann, führt dazu, daß man das Gefühl für Zeit allmählich verliert. Der Tag, nicht mehr strukturiert durch Arbeitszeit, Zwang zum frühen

Aufstehen usw., rann mir durch die Finger. Bestimmte Tätigkeiten, die ich sonst nebenbei und deshalb auch nicht schlechter erledigt hatte, nahmen einen wachsenden Teil des Tages ein, wie zum Beispiel die notwendige Hausarbeit, die ich zwar für

"unwürdig" halte, aber auch nicht für so interessant, daß ich den halben Tag damit verbringen möchte.

Auch die Lektüre ging nicht mehr so zügig voran. Dauernnd erlappte ich mich dabei, daß ich ein Buch weglegte, um "mal eben" etwas anderes zu tun, und dann hatte ich am nächsten Tag das Kapitel immer noch nicht gelesen.

Soviel Unproduktivität frustriert und macht unzufrieden. Allmählich lassen Initiative und Selbstvertrauen nach. So begann ich oft grundlos herumzuknurren und wurde vollends sauer, wenn ich von arbeitsüberlasteten Freunden auch noch neidisch angesehen wurde: "Wenn ich so viel Zeit hätte wie Du...". Ein Standpunkt, den man einem hart arbeitenden Menschen nicht einmal überhören kann. Ich wiederum bemerkte, wieviel Anregung und

Gesprächsstoff mir früher meine Arbeit gegeben hatte und wie sehr mir das fehlte. Manchmal fühlte ich mich isoliert wie eine traditionelle Hausfrau.

Ist es nicht ein Wahnsinn, daß zahlreiche Kollegen sich buchstäblich kaputtarbeiten und we der Zeit noch Kraft für sich selbst, für ihre Interessen, für kulturelle, politische, sportliche und menschliche Kontakte haben, und daß gleichzeitig eine immer größer werdende Gruppe von Menschen immer weniger in der Lage ist, ihren Tag sinnvoll einzuteilen? Bei dem heutigen Stand der Technik müßte es doch möglich sein, die vorhandene Arbeit aufzuteilen und jedem die Gelegenheit zu geben, nach etwa einem halben Tag produktiver Arbeit Dinge zu tun, die ihm und der Gemeinschaft Freude machen und nutzen. Solange dieses prioriforientierte System existiert, werden die oben geschilderten Mißstände nicht abzustellen sein.

VORAN

Politischer Reisebericht aus Polen:

GEWINNT BÜROKRATIE DIE OBERHAND?

Nur eine politische Revolution kann Erprungenschaften sichern

In der Zeit, als wir Ende Juli/Anfang August in Polen waren, kam es wegen Lebensmittelknappheit zu einer neuen Protestwelle. Seit sechs Monaten, so wurde uns erzählt, hatte sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen elementaren Gütern ständig verschlechtert. Selbst mit Lebensmittelkarten gingen die Leute oft leer aus, vor allem bei Fleisch. Dabei wird Fleisch immer noch exportiert. Die Arbeiter weigern sich oftmals, Fleisch für den Export zu verladen, im Norden des Landes machen Plakate von Solidarität darauf aufmerksam, wie hinterhältig die Regelung einer Kontrolle der Arbeiter im Export umgeht. Es wurde versucht, Fleisch zu exportieren, indem die Sendung als Forblierung deklariert wurde.

Jede normale Familie muß jeden Tag mehrere Stunden aufbringen, um sich mit den wichtigsten Lebensmitteln zu versorgen. Wir haben bis zu einem halben Kilometer lange Einkaufscllangen gesehen.

Da mehr Geld als Ware im Umlauf ist, steigen die Preise, der Schwarzmarkt blüht, und der Run auf relativ harte westliche Währungen verfolgt jeden Westtouristen.

Viele Läden, Restaurants und Cafés sind ganz geschlossen. Wo geöffnet ist, gibt es oft nichts zu kaufen, und die Verkäuferrinnen müssen ihre Arbeitszeit totschlagen.

Die Unfähigkeit der Bürokratie, die Wirtschaft zu entwickeln, ist offen sichtbar. Es fehlt z.B. überall an Wohnungen. Ein junges Paar mit einem Säugling, das wir kennengelernt haben, hat eine winzige Wohnung aus einem Zimmer, einer kleinen Küche und einem Badezimmer. Sie haben keine Aussicht, in den nächsten

10 Jahren eine größere Wohnung zu bekommen. Auf der anderen Seite stehen überall angefangene Bauten in der Landschaft und gammeln vor sich hin. Ein LKW-Fahrer erzählte uns, daß in der Nähe von Danzig vor einigen Jahren mit dem Bau eines Fabrikwerkes angefangen wurde. Plötzlich ging das Baumaterial aus. Die Fabrik ist bis heute noch nicht fertig. Inzwischen wurden aber die Maschinen installiert. Sie sind bereits verrostet, weil sie nicht genügend vor der Witterung geschützt waren. Die Danziger Buch wurde als Fehlerort ausgebaut. Dieses Jahr mußte aber wegen der Vergiftung des Wassers durch die Industrie ein Boderverbot verhängt werden. Die Hotels und übrigen neugebauten Anlagen sind deshalb fast ungenutzt.

Dieses Jahr steht überall im Land das Getreide gut. Es wird aber befürchtet, daß die Ernte nicht eingebracht werden kann, weil zu viele reparaturbedürftige Mähdräseer mangel Ersatzteilen nicht eingesetzt werden können. Die Liste der Mängel und Mißwirtschaft ließe sich beliebig fortsetzen. Jeder Arbeiter kann Beispiele berichten.

Der Mangel an wichtigen Lebensmitteln, das Umherrenn nach Läden in denen es zufällig noch gibt das Brot, Milch, Tee, Gemüse oder Äpfel und dann das stundenlange Warten in den Schlange hat zu einer getetzten Atmosphäre geführt.

Diese Wut auf die miserable Versorgungslage könnte von der Gewerkschaftsführung leicht aufgegriffen werden, um die gesamte Bürokratie zu entmachten. Die Bevölkerung hat überhaupt kein Vertrauen in Kania & Co. Außerdem haben die Arbeiter längst erkannt, daß die Regierung nicht bereit ist, die

Versprechen vom letzten Jahr einzulösen. Im Gegenteil — Schritt für Schritt versucht sie, die Zugeständnisse zurückzunehmen und auszuhehlen.

Trotzdem zeigt die Führung von Solidarnität immer mehr Kompromißbereitschaft. Das stiftet bei den Arbeitern zunehmend Verwirrung, Resignation und Verzweiflung.

In Lodz wollten bereits Anfang Juli ArbeiterInnen wegen der mangelnden Versorgung in den Streik treten. Das wurde ihnen von der Gewerkschaftsführung aber ausgedehnt, mit dem Argument, daß durch Streiks kein Essen besorgt werden könne. Stattdessen wurde den Frauen versprochen, für sie Ende Juli eine Demonstration zu organisieren. An der Spitze des Zuges durften nur Frauen mit ihren Kindern demonstrieren. Die Demo sollte nur ein mondischer Appell an die Regierung sein. Die Herzen der Bürokraten sollten wohl durch die Frauen und Kinder und das wiederholte Singen der schwermütigen Nationalhymne zum Schmelzen gebracht werden. Viele Frauen weinten vor Leid und andere konnten ihre Tränen gerade noch zurückhalten.

Die Demo konnte den Teilnehmern nicht ihre Macht bewußt machen, sondern nur die Bitterkeit der Lage. Sie hatte bestimmt eher eine demoralisierende Wirkung. Abgesehen davon sind selbst die größten Demonstrationen ein Rückschritt in der Bewegung. Immer noch besteht im ganzen Land Streikbereitschaft. Solidarnität hat die Macht, sämtliche Lebensmittelexporte zu verhindern und könnte sogar ohne weiteres die Regierung zum Tüfel jagen. Wenn schon mit den bisherigen Streiks keine grundsätzliche Verbesserung der



Lage der arbeitenden Bevölkerung erreicht werden konnte, wie dann durch Demonstrationen? Manche Polen haben sogar den Verdacht, daß die Regierung die Versorgung bewußt ständig verschlechtert, um die Bevölkerung klein zu kriegen. Welche Existenzberechtigung hat die Bürokratie unter diesen Bedingungen? Da ist natürlich noch das Argument der sowjetischen Militärintervention.

Diese Angst vor einer Intervention scheint der Hauptgrund zu sein, weshalb die politischen Arbeiter vor dem Sturz der Bürokratie zurückschrecken. Die politischen Arbeiter wissen, daß sie alleine keine Chance haben gegen den "großen Bruder". Dieser Interventionsgefahr könnte mit einer internationalistischen Haltung begegnet werden. Es wurden uns sogar aus den Reihen von Solidarnität Beispiele gegeben, wie die Arbeiter in den übrigen Ostblockstaaten anfangen, mit ihrer nationalen Bürokratie abzurechnen und wie diese Arbeiter die Hände ausstrecken nach einer Verbindung mit ihren politischen Kollegen.

Ein Hauptamtlicher von Solidarnität erzählte uns, daß viele Kollegen aus anderen Ostblockstaaten — vor allem aus Ungarn — in die Büros von Solidarnität kommen und sich informieren und diskutieren wollen. Und das, obwohl ihnen enorme Schwierigkeiten gemacht werden, die Grenzen zu überschreiten. Er berichtete außerdem von einem jüngsten Streik in Ostberlin und daß selbst in der Sowjetunion seit 4 Monaten ein Komitee existiert, das die Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft für die Sowjetunion vorantreibt.

Die Führung der Solidarnität ist aber weit davon entfernt, die Instabilität der übrigen sozialistischen Bürokraten im Ostblock und der Sowjetunion, den hoffnungsvollen Blick und die Kontaktsuche der Arbeiter im Osten (aber auch im Westen) den politischen Arbeitern deutlich zu machen und ihren Mut gegen die herrschende Bürokratie zu stärken. Stattdessen tun die Führer von Solidarnität alles, um das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu schwächen, die Kampfbereitschaft zu mißbrauchen und sich mehr und mehr die Argumente der Regierung zu eigen zu machen.

Die Regierung kann es sich bereits wieder leisten, härter gegen die Bewegung vorzugehen. Plakate von Solidarnität werden obgesehen. Wer beim Plakate-Kleben erwischt wird, wird einen Tag eingesperrt.

Kaum war die Demonstration in Lodz zu Ende, tauchte in allen Straßen die Miliz auf. Ein Arbeiter zeigte uns den von Behörden geöffneten Umschlag eines Päckchens aus dem Ausland.

Das politische Vakuum in Polen ist riesengroß. Die stalinistische Herrschaft hat keine Legitimation mehr. Die Bevölkerung tritt der "kommunistischen Partei" und der gesamten Bürokratie mit Haß und Zynismus gegenüber. Alles, was die Bürokratie in den Jahren ihrer Herrschaft geschafft hat, bestand darin, die Idee des Sozialismus und Kommunismus bei einem großen Teil der Bevölkerung ins Lächerliche zu ziehen. Die Inanspruchnahme des Marxismus

für ihre Herrschaft hat in vielen Köpfen eine Blockade aufgebaut gegenüber sozialistischen Ideen, obwohl jeder weiß, daß es kein Zurück zu einer kapitalistischen Gesellschaft geben kann.

Viele Arbeiter haben aber erkannt, daß Sozialismus im Interesse der Arbeiter ist, er von den Bürokraten aber auf schändliche Weise mißbraucht wird.

Auf den Wänden der Lenin-Werft steht z.B. der ironische Satz: "Wir haben nichts, aber wir haben Sozialismus." In der Wohnung eines Wertarbeiters sehen wir einen Aufkleber, gedruckt von Solidarnität. Er trägt ein Bild von Lenin mit einem Zitat von ihm, Sinngemäß lautet es: Ein Polizist existiert dann, wenn ein Polizist mehr verdient als ein Lehrer.

Die Tragik der politischen Revolution besteht aber darin, daß es kein klares Konzept und kein Programm gibt, die Revolution zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Ein Hauptamtlicher von Solidarnität beklagte: "Wir haben keine Perspektive."

Doch der Hunger nach einer politischen Perspektive ist groß. Wir stießen auf reges Interesse mit unserer Einschätzung des Stalinismus und der gegenwärtigen Lage, unserer Kritik an der Gewerkschaftsführung und unserer Ansicht von der absoluten Notwendigkeit des Sturzes der Bürokratie, der demokratischen Verwaltung und Kontrolle der Gesellschaft durch die Arbeiter und der existenziell notwendigen Verbindung zu den Arbeitern im übrigen Ostblock und zu den Arbeitern im Westen.

Ein Solidarnitätsmitglied erklärte uns gegenüber: "So, wie ihr denkt, denken auch viele Arbeiter."

Selbst Leute, die von der Schaffung büroglisch-demokratischer Einrichtungen (allerdings ohne Repräsentierung der Fabriken und des verstaatlichten Landes) träumten, die keinen Unterschied machen wollten zwischen Lenin und Kania und besonders starke nationalistiche Vorurteile hatten, nahmen unsere Ideen sehr ernst. Ihre eigenen verwirren Vorstellungen brochen wie ein Kartenhaus zusammen.

Am Abend, bevor wir das Land verließen, sahen wir zusammen mit einer polnischen Familie die Fernsehansichten. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Solidarnität über Fleischrationierung waren an diesem Tag abgebrochen worden. Unsere Gastgeber erklärten uns, daß die Regierung noch nie so gegen die Gewerkschaft gehetzt hätte, wie in dieser Fernsehsendung.

Sogar Artikel westdeutscher bürgerlicher Zeitungen wurden zitiert, in denen Solidarität für die "Kardastrophe" verantwortlich gemacht wurde. Kein einziger Gewerkschaftsvertreter erhielt die Möglichkeit der Stellungnahme — entgegen dem Abkommen vom letzten Jahr.

Wir verließen das Land mit dem Gefühl, daß die Bürokratie noch einmal die Oberhand gewinnt. Aber immer wieder kommt mir der Satz eines Arbeiters in den Sinn: "Wir haben 30 Jahre gearbeitet und haben nichts zu essen, wir können nicht noch einmal 30 Jahre so weiterarbeiten, um dann keine Kleider mehr zu haben!"

DOPELHERRSCHAFT IN POLEN

Seit mehr als einem Jahr besteht in Polen eine Art von Doppelherrschaft. In der Streikwelle vom Sommer 1980 entstand die neue, von herrschenden Bürokratie unabhängige Gewerkschaft "Solidarnosc" (mit 8 bis 10 Millionen Mitgliedern), fast über Nacht. "Solidarnosc" ist heute der Gegenpol zur früheren unumschränkt herrschenden Schicht — der Staats-, Militär-, Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die in Saus und Brauns lebt und deren diktatorische Methoden die zentrale Planungsschicht nicht mehr weiterentwickeln können.

Die Arbeiterklasse Polens zeigte seit August 1980 mehrmals ihre Macht in großen Streikwellen, instinktiv strebten sie noch dem vollständigen Sturz der Bürokratie. Die Bürokratie war weitgehend machtlos. Sie trauerte sich bisher nicht zu, ähnlich wie im Ostberlin 1953, Ungarn 1956 oder in der CSSR 1968 die Opposition der Arbeiter mit Hilfe von Warschauer-Pakt-Panzen zu ersticken. Sie hat Angst davor, die Armee könnte den Befehl verweigern und auf die Seite der Arbeiter überlaufen, die sich und ihre Erprungenschaften höchstwahrscheinlich mit Waffengewalt verteidigen würden. Wie kann man angesichts der Schwäche der Bürokratie dann erklären, warum sie sich überhaupt noch halten kann? Weshalb besteht die instabile Doppelherrschaft? Worauf beruht der unsichere Schwerezustand?

Die Antwort: die Führung von "Solidarnosc" genießt zwar das Vertrauen vieler Arbeiter, sie will aber die Staatsmacht gar nicht. Wlass und seine Anhänger weisen die politische Machtübernahme durch die Arbeiterklasse als "unerhörte Unterstellung" sogar weit von sich. Sie halten ihre Basis von weitergehenden Aktionen zurück. Sie haben kein Vertrauen in die Kampfbereitschaft der polnischen Arbeiter.

Am Anfang der Bewegung wollte Wlass die Existenz von "Solidarnosc" nur auf die Ostseeküste begrenzen. Seine Begründung: die Arbeiter im restlichen Polen seien noch zu "unreif" und "noch nicht stark genug." Da Wlass Führungsmannschaft sich und den Arbeitern nicht zutraut, die Bürokratie ganz zu stürzen und eine politische Revolution durchzuführen, bleibt ihnen nur ein Weg: mit dem herrschenden Regime Kompromisse abzuschließen, ihm einige Zugeständnisse zu entlocken. Darin werden sie von der katholischen Kirchenherrschaft und den intellektuellen Dissidenten bestärkt. Dieser Weg ist gefährlich: die Doppelherrschaft kann nicht ewig bestehen. Eine halbe politische Revolution kann nicht überleben. Entweder gewinnt die Bürokratie letztlich wieder die Oberhand. Oder die Arbeiter erobern die ganze Macht. Dann müssen sie die herrschende Bürokratie restlos stürzen. Das Programm Lenins aus "Staat und Revolution" weist diesen Weg. Es ist das Programm vollständiger Arbeiterdemokratie: * Verwindung und Leitung der Betriebe, der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft durch ein Ratsystem. * Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Beamten, Funktionäre, Offiziere und Bürokraten. * Keine Privilegien für Funktionäre und Beamte. Sie sollen nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen. * Beseitigung des von der Gesellschaft getrennten stehenden Heeres, stattdessen Einführung bewaffneter Arbeitermilizen. * Freiheit für alle Parteien, die nicht mit Waffengewalt oder terroristischen Mitteln die bestehende Ordnung umstürzen will. * Wird dieses Programm (das auch schon in der Pariser Kommune 1871 verwirklicht wurde) nicht durchgeführt, dann wird die Bürokratie zwangsläufig letzten Endes die Oberhand gewinnen. Arbeitendemokratie ist in einer zentralen Planungsschicht lebensnotwendig wie Sauerstoff für den menschlichen Organismus. Ohne demokratische Arbeiterkontrolle über die Industrie werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunehmen. Die gegenwärtige Anspannung der Arbeiter kann von den polnischen Arbeitern nicht ewig aufrechterhalten werden. Wenn die Kämpfe keine dauerhaften Erfolge bringen, setzt irgendwann Enttäuschung und Frustration ein. Dann wird die Bewegung wieder abbrechen. Die Bürokratie versucht mit ihrer Hinhaltetaktik, Zeit zu gewinnen, bis zum Punkt der Demoralisierung brücker Massen. Dann würde sie auch vor militärischer Unterdrückung nicht mehr zurückschrecken. Die Kompromißpolitik der "Solidarnosc"-Führung spielt bewußt oder unbewußt dieser Taktik in die Hände.

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 7,- DM auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Öttinger, Pochä Essen 170 20-433 überwiesen. (Aboppreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 54 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____
 Adresse: _____
 Redaktion "Vor" 563 Remscheid, Hommesbergerstr. 75